



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Privatrecht
Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

Fachprozess EAZW

Nr. 33.5 vom 15. Oktober 2009 (Stand: 1. November 2025)

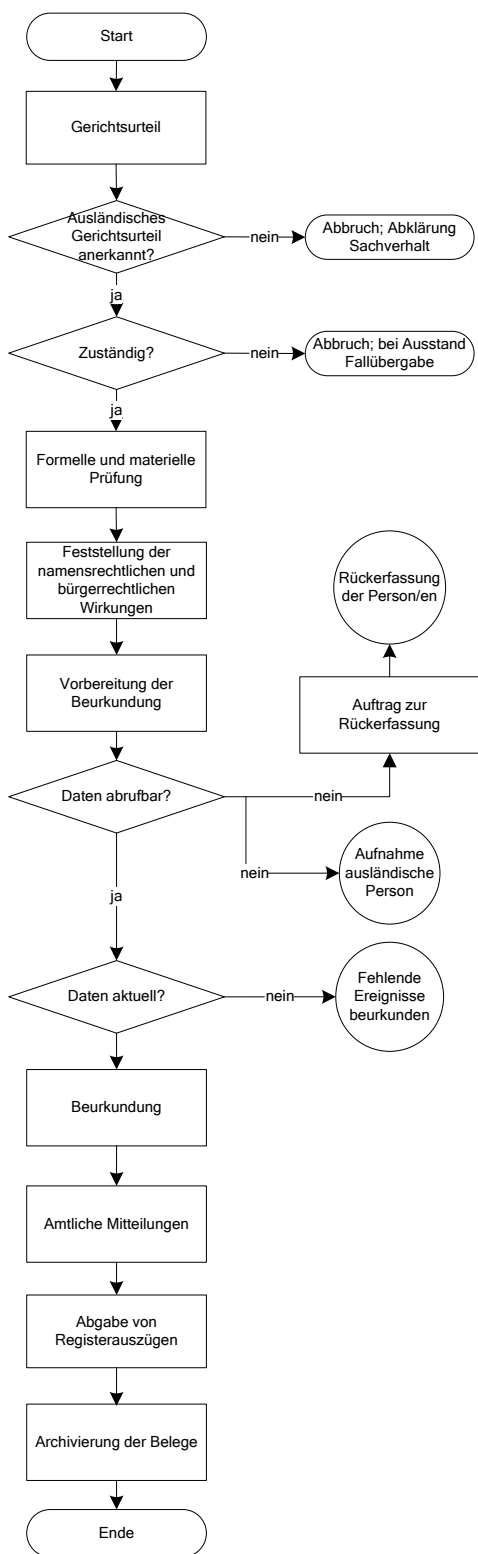
**Begründung eines Kindesverhältnisses durch Entscheid
in der Schweiz oder im Ausland**

Geschäftsfall Kindesverhältnis

Begründung Kindesverhältnis

Systematische Übersicht	3
Einleitung	4
1 Beleg	4
2 Zuständigkeit	4
2.1 Örtlich	4
2.1.1 Schweizerisches Gerichtsurteil	4
2.1.2 Ausländisches Gerichtsurteil	5
2.2 Sachlich	5
2.3 Persönlich	5
3 Formelle Prüfung	5
4 Auswirkungen auf den Namen des Kindes	6
4.1 Anwendung von Schweizer Recht	6
4.1.1 Grundsatz	6
4.1.2 Ausnahmen	6
4.2 Anwendung von ausländischem Recht	6
5 Auswirkungen auf das Bürgerrecht des Kindes	7
5.1 Kantons- und Gemeindebürgerrecht	7
5.2 Schweizer Bürgerrecht	7
6 Vorbereiten der Beurkundung	8
6.1 Daten abrufbar	8
6.2 Daten nicht abrufbar	8
7 Beurkundung	8
8 Amtliche Mitteilungen	9
9 Abgabe von Registerauszügen	10
9.1 Familienausweis	10
9.2 Geburtsurkunde	10
9.3 Auszug aus dem Geburtsregister (CIEC)	10
9.4 Geburtsbestätigung	10
9.5 Nachweis über die Eltern	10
9.6 Mitteilung der Feststellung eines Kindesverhältnisses	10
10 Ablage der Belege	11

Systematische Übersicht



- 1 Beleg**
- 2 Zuständigkeit**
 - 2.1 Örtlich
 - 2.1.1 Schweizerisches Gerichtsurteil
 - 2.1.2 Ausländisches Gerichtsurteil
 - 2.2 Sachlich
 - 2.3 Persönlich
- 3 Formelle Prüfung**
- 4 Auswirkungen auf den Namen des Kindes**
 - 4.1 Anwendung von Schweizer Recht
 - 4.1.1 Grundsatz
 - 4.1.2 Ausnahmen
 - 4.2 Anwendung von ausländischem Recht
- 5 Auswirkungen auf das Bürgerrecht des Kindes**
 - 5.1 Kantons- und Gemeindebürgerrecht
 - 5.2 Schweizer Bürgerrecht
- 6 Vorbereiten der Beurkundung**
 - 6.1 Daten nicht abrufbar
 - 6.2 Daten abrufbar
- 7 Beurkundung**
- 8 Amtliche Mitteilungen**
- 9 Abgabe von Registerauszügen**
 - 9.1 Familienausweis
 - 9.2 Geburtsurkunde
 - 9.3 Auszug aus dem Geburtsregister (CIEC)
 - 9.4 Geburtsbestätigung
 - 9.5 Nachweis über die Eltern
 - 9.6 Mitteilung der Feststellung oder Aufhebung eines Kindesverhältnisses
- 10 Ablage der Belege**

Einleitung

Der vorliegende Fachprozess dient dazu, den Ablauf zu erläutern, der einzuhalten ist,

- (1) wenn ein inländisches Gerichtsurteil vorliegt, welches das Zivilstandsamt anweist, den Bestand eines Kindesverhältnisses zu beurkunden, das bislang nicht bestanden hat oder sich aus dem Urteilsdispositiv zweifelsfrei ergibt, dass ein bislang nicht bestehendes Kindesverhältnis entstanden ist; oder
- (2) wenn die zuständige kantonale Aufsichtsbehörde das Zivilstandsamt anweist, den Bestand eines Kindesverhältnisses zu beurkunden, das bislang nicht bestanden hat, nachdem sie einen ausländischen Entscheid in der Schweiz anerkannt hat.

1 Beleg

Erfolgte die Begründung des Kindesverhältnisses in der Schweiz, liegt eine Mitteilung oder ein vollstreckbares Urteil eines schweizerischen Gerichts vor.

Liegt ein ausländischer Entscheid vor, erfolgt die Beurkundung gestützt auf die Eintragungsverfügung der zuständigen Aufsichtsbehörde (Art. 32 Abs. 1 IPRG).

Lassen sich die Angaben zum Wohnsitz der beteiligten Personen (Mutter, Kind, Vater) dem Entscheid entnehmen und ist dieser nicht offensichtlich falsch, so sind keine weiteren Dokumente beizubringen. Ansonsten müssen die Betroffenen den aktuellen Wohnsitz nachweisen. Die Angaben zum Wohnsitz sind notwendig, um einen korrekten Versand der Mitteilung sowie mögliche namens- und bürgerrechtliche Wirkungen sicherzustellen. Fehlen beim minderjährigen Kind die Angaben zum Wohnsitz, ist der Wohnsitz der Eltern zu erfassen. Haben die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz, ist der Wohnsitz des Elternteils massgebend, unter dessen Obhut das Kind steht (Art. 25 Abs. 1 ZGB).

2 Zuständigkeit

2.1 Örtlich

Die Zuständigkeit für die Beurkundung richtet sich nach Artikel 22 und 23 ZStV sowie nach kantonalem Organisationsrecht (Art. 2 Abs. 2 Bst. b oder Abs. 3 ZStV).

2.1.1 Schweizerisches Gerichtsurteil

Die Eröffnung des Urteils erfolgt zuhanden der kantonalen Aufsichtsbehörde (Art. 43 Abs. 1 und 2 ZStV) oder der nach kantonalem Recht bezeichneten Behörde (Art. 43 Abs. 3 ZStV) am Sitz des Gerichts.

Die kantonale Aufsichtsbehörde leitet die erhaltene Mitteilung an das für die Beurkundung zuständige Zivilstandsamt weiter. Existiert keine kantonale Regelung, fällt die Beurkundung des Gerichtsentscheides in die Zuständigkeit des Zivilstandsamtes am Sitz des erstinstanzlichen Gerichts (Art. 22 Abs. 1 ZStV).

2.1.2 Ausländisches Gerichtsurteil

Über ein im Ausland ergangenes Urteil entscheidet die zuständige kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen über die Anerkennung und Eintragung im schweizerischen Personenstandsregister.

Die im Ausland erfolgte gerichtliche Feststellung der Elternschaft ist im Heimatkanton des Schweizer Elternteils zu beurkunden, zu dem das Kindesverhältnis begründet wurde. Wird das Kindesverhältnis zu beiden Schweizer Elternteilen festgestellt, ist der Kanton zuständig, dem das Urteil zugestellt wird. Ist er Ausländer, ist die gerichtliche Feststellung der Elternschaft im Heimatkanton des anderen Elternteils des Kindes zu beurkunden. Besitzt die betroffene Person Gemeindebürgerrechte in mehreren Kantonen, so führt dasjenige Zivilstandsamt die Beurkundung durch, dem die ausländische Urkunde zu diesem Zweck zugestellt wird.

Für die Beurkundung erlässt sie zuhanden des zuständigen Zivilstands- oder Sonderzivilstandsamts eine Eintragungsverfügung (Art. 32 IPRG; Art. 23 ZStV).

2.2 Sachlich

Sachlich sind die Zivilstands- und Sonderzivilstandsämter zuständig für die Beurkundung von Entscheiden betreffend die Begründung eines rechtlichen (verwandtschaftsbegründenden) Kindesverhältnisses (Art. 39 Abs. 2 Ziff. 2 ZGB) sowie für den Versand der entsprechenden Mitteilungen.

Dabei ist jedoch zu unterscheiden, ob es sich um die Begründung eines Kindesverhältnisses durch Entscheid handelt (GF Kindesverhältnis), oder ob eine Anerkennung vor Gericht vorliegt (GF Anerkennung). Die Abgrenzung ergibt sich im Regelfall aus dem Wortlaut des Entscheids. Ist dieser unklar, muss beim Gericht um Erläuterung (Art. 334 ZPO) ersucht werden.

2.3 Persönlich

Bei der Beurkundung eines Kindesverhältnisses haben Mitarbeitende des Zivilstandsamtes und der Aufsichtsbehörden die geltenden Ausstandspflichten zu beachten (vgl. Art. 89 Abs. 3 ZStV).

3 Formelle Prüfung

Im Regelfall erhalten die Zivilstandsbehörden eine Mitteilung betreffend die Feststellung eines Kindesverhältnisses. Daraus muss hervorgehen: die vollständigen Personenstandsdaten, das Dispositiv und das Rechtskraftsdatum (Art. 43 Abs. 5 ZStV).

Die Mitteilung muss im Original unterzeichnet (in Papierform oder als elektronische Urkunde mit entsprechender Signatur) oder als mit dem Original übereinstimmende beglaubigte Fotokopie vorgelegt werden (Art. 43 Abs. 6 ZStV). Nicht ordnungsgemäss erfolgte Mitteilungen sind zurückzuweisen, weil sie den rechtlichen Anforderungen eines Belegs für die Beurkundung nicht genügen.

Liegt ein ausländischer Entscheid vor, liegt dem beurkundenden Zivilstandsamt die entsprechende Eintragungsverfügung der gemäss Ziff. 3.1.2 zuständigen Aufsichtsbehörde vor.

4 Auswirkungen auf den Namen des Kindes

4.1 Anwendung von Schweizer Recht

4.1.1 Grundsatz

Hat das Kind, zu dem das Kindesverhältnis gerichtlich festgestellt wurde, seinen Wohnsitz in der Schweiz, untersteht sein Name grundsätzlich dem schweizerischen Recht (Art. 37 Abs. 1 IPRG).

Die Feststellung der Vaterschaft hat grundsätzlich keine Auswirkungen auf den Namen. Vorbehalten bleibt der Namenswechsel gestützt auf die Namensbestimmung der Eltern für ältere Geschwister (Art. 11a ZStV), die vorangehende Heirat der Eltern (Art. 259 Abs. 1 ZGB) oder die Unterstellung des Namens unter das ausländische Recht (Art. 37 IPRG).

Steht die elterliche Sorge bei der Geburt nur einem Elternteil zu, so erhält das Kind dessen Ledignamen (Art. 270a Abs. 1 ZGB; Art. 37a Abs. 2 ZStV). Eine nachgeburtliche gerichtliche Feststellung des Kindesverhältnisses hat grundsätzlich keine Auswirkungen auf den Namen. Wird als Folge der Feststellung des Kindesverhältnisses die gemeinsame elterliche Sorge begründet, so können die Eltern innerhalb eines Jahres erklären, dass das Kind den Ledignamen des Vaters tragen soll Art. 270a Abs. 2 ZGB).

Wird das Kindesverhältnis zum Ehemann der Mutter erst nach erfolgter Eheschliessung durch Gerichtsurteil hergestellt, so erhält das Kind den Namen, den die Eltern anlässlich der Eheschliessung für ihre Kinder bestimmt haben (Art. 160 Abs. 3 ZGB). Führen die Eltern einen gemeinsamen Namen erwirbt das Kind diesen mit der Begründung des Kindesverhältnisses zum Vater (Art. 270 Abs. 3 ZGB). Haben die Eltern verschiedene Namen und haben sie bei der Eheschliessung keinen Namen bestimmt, müssen sie den Namen mit der Beurkundung der Feststellung der Vaterschaft bestimmen.

Dies ist von der beurkundenden Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten von Gesetzes wegen zu berücksichtigen, und zwar unabhängig einer allfälligen Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge für dieses Kind.

Hat das Kind das zwölfte Altersjahr vollendet, so kann sein Name nur mit seiner Zustimmung geändert werden (Art. 270b ZGB und Art. 37b ZStV).

4.1.2 Ausnahmen

In Fällen, in denen der Name bereits vorhandener gemeinsamer Kinder, gestützt auf die vor dem 1. Januar 2013 bestehenden ZGB-Bestimmungen, gebildet wurde und die betreffenden Kinder nicht den Ledignamen, sondern den durch frühere Ehe erworbenen Namen eines Elternteils tragen, bleibt die Entstehung des Kindesverhältnisses ohne Auswirkungen auf den Namen des Kindes. Es behält seinen bisherigen Namen.

Dasselbe gilt, wenn der Name der bereits vorhandenen gemeinsamen Kinder in Anwendung von ausländischem Recht gebildet worden ist und nicht den in der Schweiz vorgesehenen Möglichkeiten (Ledigname der Mutter oder Ledigname des Vaters) entspricht.

4.2 Anwendung von ausländischem Recht

Handelt es sich beim in der Schweiz wohnhaften Kind um ein Kind mit ausschliesslich ausländischer Staatsangehörigkeit, so besteht die Möglichkeit, dessen Namensführung anlässlich der Entstehung des Kindesverhältnisses dem ausländischen Heimatrecht zu unterstellen (Art. 37 Abs. 2 IPRG).

Besitzt das Kind mehrere Staatsangehörigkeiten, kann sein Name dem Heimatrecht desjenigen Staates unterstellt werden, zu dem die engste Beziehung besteht (Art. 37 Abs. 2 IPRG).

Wohnt das Kind im Ausland, untersteht die Namensführung nach der Entstehung des Kindesverhältnisses den kollisionsrechtlichen Regeln des ausländischen Wohnsitzstaates (Art. 37 Abs. 1 IPRG).

Wird die Namensführung des Kindes dem ausländischen Heimatrecht unterstellt oder untersteht sie aufgrund des Wohnsitzes des Kindes ausländischem Recht, so sind die nach ausländischem Recht vorgesehenen Auswirkungen auf die Namensführung des Kindes anlässlich der Entstehung des Kindesverhältnisses von der Zivilstandsbeamtin oder vom Zivilstandsbeamten zu berücksichtigen. Den Eltern obliegt eine Mitwirkungspflicht, indem sie die Richtigkeit und Zulässigkeit der gewünschten ausländischen Namensführung nachzuweisen haben (Bestätigung der Heimatbehörden), wenn diese dem Zivilstandsamt nicht bekannt ist (Art. 16 Abs. 1 IPRG; Art. 16 Abs. 5 ZStV).

5 Auswirkungen auf das Bürgerrecht des Kindes

5.1 Kantons- und Gemeindebürgerrecht

Die Entstehung des Kindesverhältnisses hat grundsätzlich keinen Einfluss auf die Kantons- und Gemeindebürgerrechte, welche das Schweizer Kind im Zeitpunkt der Entstehung des Kindesverhältnisses besitzt, es sei denn, der Name des Kindes ändert:

- Haben beide Eltern das Schweizer Bürgerrecht und erwirbt das minderjährige Kind anlässlich der Entstehung des Kindesverhältnisses den Ledignamen des anderen Elternteils, so erhält es dessen Kantons- und Gemeindebürgerrechte anstelle des bisherigen (Art. 271 ZGB i.V.m. Art. 2 Abs. 2 BÜG; Erwerbsgrund "Namensänderung mit Bürgerrechtswirkung").
- Hat das Kind Wohnsitz im Ausland und besitzen beide Eltern das Schweizer Bürgerrecht, so ist es möglich, dass es durch die Feststellung des Kindesverhältnisses nach ausländischem Recht einen Doppelnamen führt (Ledigname der Mutter sowie denjenigen des Vaters). In diesem Fall erhält es die Kantons- und Gemeindebürgerrechte beider Elternteile. Führen beide Eltern denselben Ledignamen, jedoch nicht dasselbe Kantons- und Gemeindebürgerrecht, ist zu prüfen, wessen Ledigname das Kind erhält, damit das Kantons- und Gemeindebürgerrecht entsprechend erfasst werden kann.

5.2 Schweizer Bürgerrecht

Ein im Zeitpunkt der Feststellung minderjähriges ausländisches Kind erwirbt mit der Entstehung des Kindesverhältnisses zum Schweizer Vater das Schweizer Bürgerrecht und die Kantons- und Gemeindebürgerrechte von ihm, wenn die Geburt nach dem 31. Dezember 2005 erfolgt ist (Art. 1 Abs. 2 BÜG). Volljährigkeit und Minderjährigkeit richten sich nach schweizerischem Recht (Art. 32 BÜG; Art. 14 ZGB). Als Erwerbsgrund ist "Erwerb von Gesetzes wegen" einzutragen. Unter der Rubrik "Gültig ab" wird das Datum der Vollstreckbarkeit des Gerichtsentscheids erfasst.

Hat der Vater das Schweizer Bürgerrecht nach Geburt des Kindes durch ordentliche oder erleichterte Einbürgerung erworben, so erhält das Kind das Schweizer Bürgerrecht als Folge der Entstehung des Kindesverhältnisses nicht.

6 Vorbereiten der Beurkundung

6.1 Daten abrufbar

Sind die Daten der beteiligten Personen (Mutter, Kind, Vater) im System abrufbar, ist zu prüfen, ob die Daten richtig, vollständig und auf dem neuesten Stand sind (Art. 16 Abs. 1 Bst. c ZStV). Die Einholung einer Richtigkeitsbestätigung ist nicht erforderlich (Formular 8.1), soweit die abrufbaren Daten mit den Personenstandsdaten im zu verarbeitenden Entscheid übereinstimmen.

Sind die abrufbaren Daten nicht richtig, nicht vollständig oder nicht auf dem neuesten Stand, muss das Verfahren unterbrochen werden, bis alle vor dem Tag, an dem der Entscheid vollstreckbar geworden ist, eingetretenen und noch nicht beurkundeten Ereignisse nachgewiesen und soweit erforderlich nachbeurkundet sind.

6.2 Daten nicht abrufbar

Ist eine ausländische Person mitbetroffen, die nicht im Zivilstandsregister erfasst ist, muss vorgängig die Beurkundung des Personenstandes (siehe Fachprozess Nr. 30.3 "Aufnahme ausländische Staatsangehörige") eingeleitet werden (Art. 15a Abs. 2 ZStV).

Besitzt keine der betroffenen Personen das Schweizer Bürgerrecht und sind sie nicht in Infostar erfasst, so *darf* von der Beurkundung des Gerichtsurteils im Personenstandsregister abgesehen werden.

Sofern die Geburt ursprünglich im Geburtsregister in Papierform beurkundet worden ist, ist die Eintragung der Randanmerkung in dem in Papierform geführten Geburtsregister vorzunehmen.

In jedem Fall muss die Mitteilungspflicht erfüllt werden (Weiterleitung des Dokumentes an die Gemeindeverwaltung des Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes gemäss Art. 49 ZStV).

Bei einem ausländischen Entscheid sowie bei Wohnsitz des Kindes in der Schweiz muss eine Mitteilung an die KESB versandt werden. Inländische Entscheide werden der KESB direkt durch das Gericht mitgeteilt.

7 Beurkundung

Sobald die Daten der betroffenen Personen im System zur Verfügung stehen, ist das Kindesverhältnis zu beurkunden.

Die Beurkundung des gerichtlichen Entscheides respektive der Eintragungsverfügung bezüglich des Kindesverhältnisses ist im elektronischen Personenstandsregister Infostar und gegebenenfalls in den in Papierform geführten Zivilstandsregistern (gem. Art. 98 Abs. 1 Bst. c ZStV) vorzunehmen.

Gleichzeitig ist eine allfällige Änderung der Namensführung sowie der Heimatorte des Kindes zu beurkunden (siehe Ziff. 5).

Als Ereignisdatum im Geschäftsfall Kindesverhältnis gilt das Datum der Rechtskraft des Gerichtsurteils.

Ist eine Erfassung der Person nicht möglich, sind die Angaben zum Kindesverhältnis in der Abstammung des Kindes zu erfassen. Dies erfolgt via GF Fortschreibung mit dem Hinweis « Ereignis nur im GF Fortschreibung möglich und einer entsprechenden Anmerkung im Arbeitsschritt «Zusatzangaben».

8 Amtliche Mitteilungen

Die Datenlieferung

- an die Gemeindeverwaltung des Wohnsitzes des Kindes, der Mutter und des Vaters des Kindes (Art. 49 Abs. 1 Bst. b ZStV);
- an die AHV-Behörde (Art. 53 Abs. 1 ZStV).

erfolgt automatisch und in elektronischer Form (Art. 49 Abs. 3 und Art. 53 Abs. 2 ZStV).

Eine Bereinigungsmeldung muss ausgelöst werden, wenn das Kindesverhältnis lediglich in der Abstammung mittels GF Fortschreibung vermerkt wird.

Gegebenenfalls erfolgen weitere Mitteilungen:

- an das Zivilstandsamt der Heimatgemeinde der betroffenen Person (Art. 49a Abs. 2 Bst. b ZStV);
- an das Staatssekretariat für Migration (SEM), wenn die beurkundete Änderung des Kindesverhältnisses eine asylsuchende, vorläufig aufgenommene oder als Flüchtling anerkannte Person betrifft (Art. 51 Abs. 1 Bst. b ZStV);
- an das Zivilstandsamt des Geburtsortes, wenn die Geburt des Kindes in der Schweiz in einem in Papierform geführten Geburtsregister beurkundet worden ist. Diese Mitteilung wird bei dieser Konstellation von Infostar automatisch vorgeschlagen. Das Zivilstandsamt des Geburtsortes hat die gerichtlich entschiedenen Änderungen bezüglich des Kindesverhältnisses als Randanmerkung im Geburtsregister einzutragen (Art. 98 Abs. 4 ZStV).

Achtung: Erfolgt die Beurkundung des Urteils durch das Zivilstandsamt (nicht Sonderzivilstandsamt), hat die Geburt im eigenen Zivilstandskreis stattgefunden und wurde sie in einem in Papierform geführten Geburtsregister beurkundet, so schlägt Infostar keine Mitteilung vor. Es ist in diesem Fall sicherzustellen, dass die Randanmerkung auch ohne entsprechende Mitteilung innerhalb des Amtes im Geburtsregister vorgenommen wird.

Hat die Geburt in einer Gemeinde stattgefunden, welche vor Einführung von Infostar fusioniert hat, wird keine Mitteilung vorgeschlagen. Die Mitteilung ist an den Zivilstandskreis der neuen Gemeindebezeichnung vorzunehmen.

- an die ausländische Heimatbehörde des Kindes, zu welchem das Kindesverhältnis zum Vater gerichtlich begründet wird, wenn eine internationale Vereinbarung dies vorsieht (Art. 54 Abs. 1 ZStV). Zurzeit bestehen bezüglich Austausch von Zivilstandsdokumenten folgende bilaterale Abkommen:

- Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich (SR 0.211.112.416.3; insb. Art. 2. Abs. 2 u. Art. 8);
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland (SR 0.211.112.413.6; insb. Art. 2 Abs. 2 u. Art. 7);
- Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik (SR 0.211.112.445.4; insb. Art. 4).

Diese Abkommen sehen vor, dass die Randanmerkung im Geburtsregister über die Feststellung der Vaterschaft direkt (Abkommen I) oder monatlich via den Fachbereich Infostar (FIS) (Abkommen D und A) an das zuständige Konsulat des anderen Unterzeichnerstaates übermittelt wird. Die Übermittlung erfolgt mittels des im Geschäftsfall vorgeschlagenen Auszugs aus der Geburtsurkunde CIEC 34 (Form. 1) – auf Sicherheitspapier, mit Stempel und Unterschrift der Zivilstandsbeamtin oder des Zivilstandsbeamten. Vorbehalten bleibt das Übereinkommen Nr. 16 CIEC.

Zusätzliche Mitteilungen bedürfen einer kantonalen Rechtsgrundlage (Art. 56 Abs. 1 ZStV).

9 Abgabe von Registerauszügen

9.1 Familienausweis

Ein Familienausweis (Form. 7.4) kann auf Antrag ausgestellt werden, wenn die Eltern verheiratet sind.

9.2 Geburtsurkunde

Das Zivilstandsamt des schweizerischen Geburtsortes gibt auf Bestellung hin eine neue Geburtsurkunde (Formular 1.2.3) ab.

9.3 Auszug aus dem Geburtsregister (CIEC)

Das Zivilstandsamt des schweizerischen Geburtsortes gibt auf Bestellung hin einen neuen Auszug aus dem Geburtsregister CIEC (Form. 1) ab.

9.4 Geburtsbestätigung

Mit der beim Zivilstandsamt des schweizerischen Geburtsortes erhältlichen Geburtsbestätigung (Form. 1.2.2) werden weiterhin unverändert alle Angaben über das Kind im Zeitpunkt der Geburt bestätigt.

9.5 Nachweis über die Eltern

Dieses Dokument (Form. 7.5) weist die Elternschaft nach und führt alle Personen mit den aktuellen Personendaten auf.

9.6 Mitteilung der Feststellung eines Kindesverhältnisses

Auf Verlangen der schweizerischen Vertretung im Ausland wird bestätigt, dass das im Ausland erstellte Kindesverhältnis für den schweizerischen Rechtsbereich anerkannt wird (Form. 6.1.1). Gleichzeitig werden auch die namensrechtlichen und bürgerrechtlichen Wirkungen bescheinigt, damit das Auslandschweizerregister (siehe Art. 13 ASG [SR 195.1] i.V.m. Art. 6

V-ASG [SR 195.11]) nachgeführt und allfällige Ausweispapiere korrekt ausgestellt werden können.

Diese Mitteilung kann auch im Zusammenhang mit der Verfügung über die Beurkundung der im Ausland festgestellten Vaterschaft (Art. 32 IPRG) von der Aufsichtsbehörde abgegeben werden.

10 Ablage der Belege

Die Belege sind gemäss Art. 31 ff. ZStV in Papierform oder in Form eines elektronischen Belegs abzulegen.

Vorliegend betrifft das insbesondere folgende Dokumente:

- Gerichtlicher Entscheid;
- Eintragungsverfügung der Aufsichtsbehörde bei ausländischem Entscheid;
- Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht (sofern vorhanden);
- Allfällige Korrespondenzen mit Beweischarakter;
- Allfällige Unterlagen über die Namensbildung nach ausländischem Recht.



Processus OFEC

n° 33.5 du 15 octobre 2009 (Etat : 1^{er} novembre 2025)

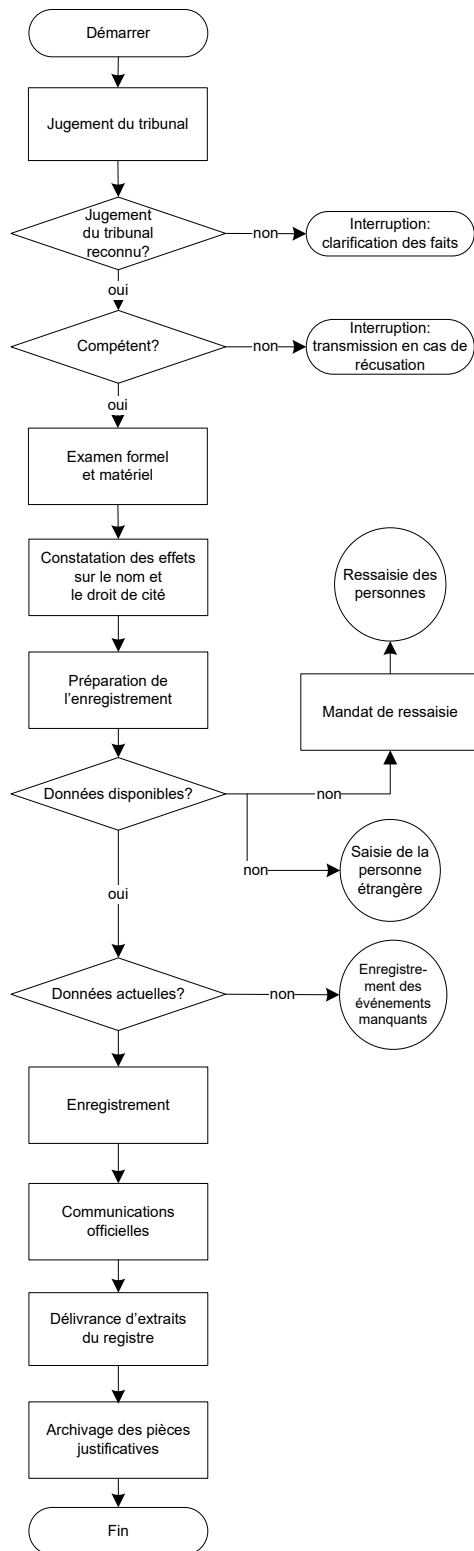
**Etablissement d'un lien de filiation par jugement
en Suisse ou à l'étranger**

Transaction Filiation

Etablissement d'un lien de filiation

Aperçu systématique	3
Introduction	4
1 Pièces justificatives	4
2 Compétence	4
2.1 Quant au lieu	4
2.1.1 Jugement du tribunal suisse	4
2.1.2 Jugement du tribunal étranger	5
2.2 Quant à la matière	5
2.3 Quant à la personne	5
3 Examen formel	5
4 Effets sur le nom de l'enfant	6
4.1 Application du droit suisse	6
4.1.1 Principe	6
4.1.2 Exceptions	6
4.2 Application du droit étranger	6
5 Effets sur le droit de cité de l'enfant	7
5.1 Droit de cité cantonal et communal	7
5.2 Nationalité suisse	7
6 Préparation de l'enregistrement	8
6.1 Données disponibles	8
6.2 Données non disponibles	8
7 Enregistrement	8
8 Communications officielles	9
9 Délivrance d'extraits du registre	10
9.1 Certificat de famille	10
9.2 Acte de naissance	10
9.3 Extrait du registre des naissances (CIEC)	10
9.4 Confirmation de naissance	10
9.5 Preuve des parents	10
9.6 Communication de la constatation de filiation	10
10 Conservation des pièces justificatives	11

Aperçu systématique



- 1 Pièces justificatives**
- 2 Compétence**
 - 2.1 Quant au lieu
 - 2.1.1 Jugement du tribunal suisse
 - 2.1.2 Jugement du tribunal étranger
 - 2.2 Quant à la matière
 - 2.3 Quant à la personne
- 3 Examen formel**
- 4 Effets sur le nom de l'enfant**
 - 4.1 Application du droit suisse
 - 4.1.1 Principe
 - 4.1.2 Exceptions
 - 4.2 Application du droit étranger
- 5 Effets sur le droit de cité de l'enfant**
 - 5.1 Droit de cité cantonal et communal
 - 5.2 Nationalité suisse
- 6 Préparation de l'enregistrement**
 - 6.1 Données non disponibles
 - 6.2 Données disponibles
- 7 Enregistrement**
- 8 Communications officielles**
- 9 Délivrance d'extraits du registre**
 - 9.1 Certificat de famille
 - 9.2 Acte de naissance
 - 9.3 Extrait du registre des naissances (CIEC)
 - 9.4 Confirmation de naissance
 - 9.5 Preuve des parents
 - 9.6 Communication de la constatation ou de l'annulation d'un lien de filiation
- 10 Conservation des pièces justificatives**

Introduction

Le présent processus explique la procédure à respecter :

- (1) lorsqu'un jugement suisse enjoint à l'office de l'état civil d'enregistrer l'existence d'un lien de filiation jusque-là inexistant ou qu'il ressort incontestablement du dispositif du jugement qu'un lien de filiation jusque-là inexistant a été établi ; ou
- (2) lorsque l'autorité cantonale de surveillance enjoint à l'office de l'état civil d'enregistrer l'existence d'un lien de filiation jusque-là inexistant après qu'elle a reconnu un jugement étranger.

1 Pièces justificatives

Une communication ou un jugement entré en force d'un tribunal suisse confirme l'établissement d'un lien de filiation en Suisse.

En présence d'un jugement d'un tribunal étranger, l'enregistrement fait suite à une décision de l'autorité de surveillance compétente (art. 32, al. 1, LDIP).

Aucun autre document n'est nécessaire si l'indication du domicile des personnes concernées (mère, enfant, père) figure dans le jugement, et si celui-ci n'est pas manifestement faux. Elles doivent en revanche confirmer leur domicile actuel si tel n'est pas le cas. L'indication du domicile est nécessaire pour garantir l'envoi en bonne et due forme de la communication et le déploiement des éventuels effets sur le nom et le droit de cité. En l'absence d'indication du domicile de l'enfant mineur, c'est celui des parents qui doit être saisi. En l'absence de domicile commun des parents, le domicile de l'enfant est déterminé par le domicile de celui de ses parents qui détient la garde (art. 25, al. 1, CC).

2 Compétence

2.1 Quant au lieu

La compétence pour l'enregistrement est régie par les art. 22 et 23 OEC et par le droit cantonal en matière d'organisation (art. 2, al. 2, let. b, ou al. 3, OEC).

2.1.1 Jugement du tribunal suisse

Le jugement respectivement la communication est notifiée à l'autorité cantonale de surveillance (art. 43, al. 1, et 2 OEC) ou à l'autorité désignée par le droit cantonal, (art. 43, al. 3, OEC) du siège de l'autorité judiciaire.

L'autorité cantonale de surveillance transmet la communication reçue à l'office de l'état civil compétent pour l'enregistrement. Si le droit cantonal n'en dispose pas autrement, l'enregistrement de la décision judiciaire relève de la compétence de l'office de l'état civil où elle a été prononcée (art. 22, al. 1, OEC).

2.1.2 Jugement du tribunal étranger

L'autorité cantonale compétente en matière d'état civil statue sur la reconnaissance et l'inscription dans le registre suisse de l'état civil d'un jugement rendu à l'étranger.

La constatation judiciaire de la filiation établie à l'étranger doit être enregistrée dans le canton d'origine du parent suisse avec lequel la filiation a été établie. Si la filiation est établie avec les deux parents suisses, le canton compétent est celui auquel le jugement est transmis. Si ce parent est étranger, la constatation judiciaire de la filiation doit être enregistrée dans le canton d'origine de l'autre parent de l'enfant. Si la personne concernée possède plusieurs droits de cité cantonaux et communaux, l'enregistrement doit être effectué par l'office de l'état civil auquel le document étranger a été transmis à cette fin.

Pour l'enregistrement, l'autorité de surveillance rend une décision de transcription à l'attention de l'office de l'état civil compétent ou de l'office de l'état civil spécialisé (art. 32 LDIP ; art. 23 OEC).

2.2 Quant à la matière

Les offices de l'état civil et offices de l'état civil spécialisés sont compétents à raison de la matière pour l'enregistrement des décisions établissant un lien juridique de filiation conformément à l'art. 39, al. 2, ch. 2, CC et pour l'envoi des communications afférentes.

Il importe néanmoins de distinguer les cas dans lesquels le lien de filiation est établi par un jugement (TR Filiation) ou par reconnaissance d'un tribunal (TR Reconnaissance). La distinction découle en règle générale de la teneur du jugement. Si elle n'apparaît pas clairement, il y a lieu de demander une clarification au tribunal.

2.3 Quant à la personne

Les collaborateurs de l'office de l'état civil doivent tenir compte des règles qui régissent la récusation lors de l'enregistrement du lien de filiation (voir l'art. 89, al. 3, OEC).

3 Examen formel

En règle générale, les autorités de l'état civil reçoivent une communication concernant la constatation d'un lien de filiation. Celle-ci doit indiquer les données des personnes concernées, le dispositif et la date d'entrée en force du jugement (art. 43, al. 5, OEC). La communication doit être un document original dûment signée (en format papier ou sous forme d'acte authentique électronique muni de la signature adéquate) ou une copie certifiée conforme à l'original (art. 43, al. 6, OEC). Les communications qui ne sont pas effectuées conformément à la règle doivent être retournées, car elles ne répondent pas aux exigences juridiques applicables à une pièce justificative destinée à l'enregistrement.

S'il s'agit d'un jugement étranger, l'office de l'état civil qui procède à l'enregistrement doit être en possession de la décision de transcription émise par l'autorité de surveillance compétente conformément au ch. 3.1.2.

4 Effets sur le nom de l'enfant

4.1 Application du droit suisse

4.1.1 Principe

Si le tribunal a établi un lien de filiation avec un enfant domicilié en Suisse, le nom de celui-ci est en principe régi par le droit suisse (art. 37, al. 1, LDIP).

La constatation de la filiation n'a en principe aucune incidence sur le nom. Demeurent réservés le changement de nom fondé sur la décision des parents pour les frères et sœurs aînés (art. 11a OEC), le mariage antérieur des parents (art. 259, al. 1, CC) ou la soumission du nom au droit étranger (art. 37 LDIP).

Lorsque l'autorité parentale est exercée de manière exclusive par l'un des parents à la naissance, l'enfant acquiert le nom de célibataire de celui-ci (art. 270a, al. 1, CC ; art. 37a, al. 2, OEC). Lorsque l'autorité parentale conjointe a été instituée en conséquence de la constatation de la filiation, les parents peuvent, dans le délai d'une année à partir de son institution, déclarer à l'officier de l'état civil que l'enfant porte le nom de célibataire de l'autre parent.

Si le lien de filiation avec l'époux de la mère n'est établi par un tribunal qu'après le mariage, l'enfant portera le nom que les parents auront choisi pour leurs enfants lors du mariage (art. 160, al. 3, CC). Si les parents portent un nom commun, l'enfant acquiert celui-ci en raison de l'établissement de la filiation art. 270, al. 3, CC). Si les parents ont des noms différents et n'ont pas choisi de nom lors de leur mariage, ils doivent le faire lors de l'enregistrement. L'officier d'état civil qui procède à l'enregistrement doit en tenir compte d'office, indépendamment du fait qu'une autorité parentale conjointe ait été instituée ou non pour cet enfant. Si l'enfant a douze ans révolus, il n'est plus possible de changer son nom sans son consentement (art. 270b CC ; art. 37b OEC).

4.1.2 Exceptions

Lorsque le nom des enfants communs précédents a été composé en application des dispositions du CC antérieures au 1^{er} janvier 2013 et que ces enfants ne portent pas le nom de célibataire, mais le nom acquis par mariage précédent de l'un des parents, l'établissement du lien de filiation n'a pas d'effets sur le nom des enfants.

L'exception s'applique également lorsque le nom des enfants communs précédents a été composé en application du droit étranger et non en fonction des possibilités offertes par le droit suisse (nom de célibataire de la mère ou du père).

4.2 Application du droit étranger

Si l'enfant domicilié en Suisse a uniquement une nationalité étrangère, son nom peut être soumis, lors de l'établissement du lien de filiation, au droit de l'État dont il est citoyen (art. 37, al. 2, LDIP). Si l'enfant a plusieurs nationalités, son nom peut être soumis au droit de l'État d'origine avec lequel il entretient les relations les plus étroites (art. 37, al. 2, LDIP).

Si l'enfant est domicilié à l'étranger, son nom est régi par le droit que désignent les règles de droit international privé de l'État dans lequel il est domicilié (art. 37, al. 1, LDIP).

Si le nom de l'enfant est soumis au droit de son État d'origine étranger ou qu'il est régi par le droit étranger du fait du domicile de l'enfant, l'officier d'état civil tient compte au moment de l'établissement du lien de filiation des effets sur le nom, prévus par le droit étranger. Les parents ont une obligation de collaborer, dans la mesure où ils doivent attester l'exactitude et la licéité du nom étranger par une confirmation des autorités du pays d'origine si l'officier d'état civil le requiert (art. 16, al. 1, LDIP ; art. 16, al. 5, OEC).

5 Effets sur le droit de cité de l'enfant

5.1 Droit de cité cantonal et communal

L'établissement du lien de filiation n'a pas d'influence sur les droits de cité cantonal et communal que l'enfant possède au moment de l'établissement, sauf si le nom de l'enfant change.

- Si les deux parents sont de nationalité suisse et que l'enfant mineur prend le nom de célibataire de l'autre parent au moment de l'établissement du lien de filiation, il prend également ses droits de cité cantonal et communal en lieu et place de ceux qu'il avait jusque-là (art. 271 CC, en relation avec l'art. 2, al. 2, LN ; motif d'acquisition : changement de nom avec effets sur le droit de cité).
- Si l'enfant est domicilié à l'étranger et que ses deux parents sont de nationalité suisse, il est possible qu'il porte un double nom (composé des noms des parents) en vertu du droit étranger. Dans ce cas, il acquiert les droits de cité cantonaux et communaux de ses deux parents. Si les deux parents ont le même nom de célibataire, mais pas les mêmes droits de cité cantonaux et communaux, il y a lieu de vérifier de quel parent l'enfant prend le nom pour lui attribuer les droits de cité cantonal et communal du parent en question.

5.2 Nationalité suisse

Un **enfant étranger** mineur au moment de la constatation de la filiation acquiert la nationalité suisse et les droits de cité cantonal et communal du père au moment de l'établissement du lien de filiation s'il est né après le 31 décembre 2005 (art. 1, al. 2, LN). La majorité et la minorité sont régis par le droit suisse (art. 32 LN ; art. 14 CC). Le motif d'acquisition de la nationalité à indiquer est « Acquisition par le droit ». Dans la rubrique « valable du », il faut indiquer la date à partir de laquelle le jugement est exécutoire.

L'enfant n'obtient pas la nationalité suisse en conséquence de l'établissement du lien de filiation si le père a acquis la nationalité suisse après la naissance de l'enfant par naturalisation ordinaire ou facilitée.

6 Préparation de l'enregistrement

6.1 Données disponibles

Si les données des personnes concernées (mère, enfant, père) sont disponibles dans le système, il y a lieu de vérifier qu'elles sont exactes, complètes et conformes à l'état actuel (art. 16, al. 1, let. c, OEC). Il n'est pas nécessaire de demander confirmation de l'exactitude des données disponibles (formule 8.1) si celles-ci correspondent aux données d'état civil figurant dans le jugement.

La procédure doit être interrompue s'il est constaté que les données disponibles ne sont pas exactes, complètes ou conformes à l'état actuel, jusqu'à ce que tous les événements survenus jusqu'au jour avant que le jugement soit exécutoire aient été prouvés et enregistrés dans la mesure du possible.

6.2 Données non disponibles

Si une personne étrangère est également concernée et qu'elle n'est pas inscrite au registre de l'état civil, il y a lieu tout d'abord de procéder à l'enregistrement de ses données d'état civil (voir le processus n° 30.3 « Saisie des ressortissants étrangers » ; art. 15a, al. 2, OEC).

Si aucune des personnes concernées ne possède la nationalité suisse et personne n'est enregistré dans Infostar, on peut renoncer à l'enregistrement du jugement dans le registre de l'état civil.

L'inscription de la mention marginale dans le registre des naissances tenu sur papier est obligatoire, pour autant que la naissance ait à l'origine été enregistrée dans ce registre.

En tous les cas, l'office de l'état civil compétent doit transmettre le document à l'administration communale du domicile ou du lieu de séjour de la personne concernée, conformément à l'art. 49 OEC.

S'il s'agit d'une décision étrangère et que l'enfant est domicilié en Suisse, une communication doit être envoyée à l'APEA. Les décisions prises en Suisse sont communiquées directement à l'APEA par le tribunal.

7 Enregistrement

Le lien de filiation doit être enregistré dès que les données des personnes concernées sont disponibles dans le système.

Il y a lieu de procéder à l'enregistrement du jugement et le cas échéant de la décision d'inscription du lien de filiation dans Infostar et éventuellement dans les registres de l'état civil tenus sur papier (conformément à l'art. 98, al. 1, let. c, OEC).

L'éventuel changement de nom et des lieux d'origine de l'enfant doit être enregistré en même temps (voir le ch. 5).

L'enregistrement a lieu dans la transaction Filiation, si le parent est saisi en tant que personne. La date où le jugement est entré en force est saisie en tant que date de l'événement.

Si la saisie est impossible, la filiation est établie par l'inscription des données du parent dans le masque « Filiation » par la transaction « Lancer la mise à jour » avec motif de la saisie « Evénement possible uniquement par la transaction Mise à jour ». Il sera porté dans le masque « Informations complémentaires » un commentaire en ce sens.

8 Communications officielles

La livraison des données

- à l'administration communale du domicile de l'enfant, de la mère et du père (art. 49, al. 1, let. b, OEC) et
- aux organes de l'AVS (art. 53, al. 1, OEC)

a lieu automatiquement sous forme électronique (art. 49, al. 3, et 53, al. 2, OEC).

Une annonce de correction doit le cas échéant être émise, si la filiation a été enregistrée sous le masque « Filiation » de l'enfant par la transaction « Lancer la mise à jour ».

Le cas échéant, d'autres communications sont envoyées :

- à l'office de l'état civil de la commune d'origine de la personne concernée (art. 49a, al. 2, let. b, OEC),
- au Secrétariat d'Etat aux migrations, si l'événement concerne une personne qui requiert l'asile, qui est admise provisoirement ou qui a été reconnue en tant que réfugiée (art. 51, al. 1, let. b, OEC),
- à l'office de l'état civil du lieu de naissance, si la naissance de l'enfant a été enregistrée en Suisse dans un registre des naissances tenu sur papier. La communication est automatiquement proposée par Infostar. L'office de l'état civil du lieu de naissance doit inscrire les modifications judiciaires concernant l'état civil de l'enfant, avec mention des effets en matière du droit de cité et du droit du nom, en tant que mention marginale du registre des naissances (art. 98, al. 4, OEC).

Attention : Infostar ne propose pas de communication si l'enregistrement est effectué par l'office de l'état civil (et non l'office de l'état civil spécialisé) de l'arrondissement où la naissance a eu lieu et qu'elle a été enregistrée dans un propre registre des naissances tenu sur papier. Il faut s'assurer dans ce cas-là que la mention marginale sera apportée au registre des naissances même sans communication en ce sens.

Aucune communication n'est proposée si la naissance a eu lieu dans une commune qui a fusionné. La communication doit parvenir à l'arrondissement de l'état civil de la commune nouvellement constituée.

- à l'autorité étrangère du lieu d'origine de l'enfant envers qui le lien de filiation est établi, si cette communication est prévue par un accord international (art. 54, al. 1, OEC). Les accords bilatéraux suivants s'appliquent en matière d'échange de documents d'état civil :
 - Accord entre la Confédération suisse et la République d'Autriche sur la suppression de la légalisation et sur l'échange des actes de l'état civil, ainsi que sur la délivrance de certificats de capacité matrimoniale (RS 0.211.112.416.3 ; en particulier les art. 2, al. 2, et 8) ;
 - Accord entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne sur la suppression de la légalisation et l'échange des actes de l'état civil, ainsi que

sur la délivrance de certificats de capacité matrimoniale (RS 0.211.112.413.6 ; en particulier les art. 2, al. 2, et 7) ;

- Accord entre la Confédération Suisse et la République Italienne sur la dispense de légalisation, l'échange des actes de l'état civil et la présentation des certificats requis pour contracter mariage (RS 0.211.112.445.4 ; en particulier l'art. 4).

Ces accords prévoient que la mention marginale concernant la constatation de filiation apportée au registre des naissances doit être envoyée au consulat local compétent de l'autre État signataire, directement (Accord I) ou mensuellement via l'Unité Infostar (UIS) (Accords D et A). La transmission s'effectue au moyen de l'Extrait de l'acte de naissance CIEC 34 (Modèle 1) proposé dans la transaction – sur papier sécurisé, muni du sceau et de la signature de l'officier de l'état civil. Est réservée la Convention n°16 CIEC.

D'éventuelles autres communications nécessitent une base légale cantonale (art. 56 OEC).

9 Délivrance d'extraits du registre

9.1 Certificat de famille

Un certificat de famille (form. 7.4) peut être délivré sur demande si les parents sont mariés.

9.2 Acte de naissance

L'office de l'état civil du lieu de naissance suisse délivre un acte de naissance sur demande (formule 1.2.3).

9.3 Extrait du registre des naissances (CIEC)

L'office de l'état civil du lieu de naissance suisse délivre un acte de naissance CIEC (modèle 1) sur demande.

9.4 Confirmation de naissance

La confirmation de naissance (form.1.2.2) délivrée par l'office de l'état civil du lieu de naissance suisse confirme toutes les données de l'enfant telles qu'elles se présentaient au moment de la naissance.

9.5 Preuve des parents

Ce document (form. 7.5) confirme la filiation et répertorie toutes les personnes avec leurs données personnelles actuelles.

9.6 Communication de la constatation d'un lien de filiation

Une communication de la reconnaissance en droit suisse de la constatation d'un lien de filiation prononcée à l'étranger (form. 6.1.1) est envoyée à la représentation de la Suisse à l'étranger à sa demande. Les effets sur le nom et le droit de cité sont communiqués en même temps afin que le registre des Suisses de l'étranger (voir l'art. 13 LSEtr [RS 195.1] en relation avec l'art. 6 OSEtr [RS 195.11]) soit mis à jour et que les documents d'identité puissent être établis correctement.

Cette communication peut aussi être remise avec la décision de l'autorité de surveillance relative à l'enregistrement de la constatation de filiation prononcée à l'étranger (art. 32 LDIP).

10 Conservation des pièces justificatives

Conformément aux art. 31ss OEC, les pièces justificatives sont conservées soit sur papier soit sous forme électronique.

Il s'agit notamment des documents suivants :

- décision judiciaire ;
- décision de transcription de l'autorité de surveillance en cas de jugement étranger ;
- éventuelle déclaration de soumission du nom au droit national ;
- éventuelle correspondance ayant force probante ;
- éventuelle documentation relative à la détermination du nom selon le droit étranger.